

Stadt Heidelberg

Drucksache:
0125/2023/IV

Datum:
24.08.2023

Federführung:
Dezernat IV, Amt für Chancengleichheit

Beteiligung:

Betreff:

**Rainbow Cities in Action - neuer Leitfaden für
queerfreundliche Kommunen des Rainbow Cities
Netzwerks**

Informationsvorlage

Beschluslauf

Die Beratungsergebnisse der einzelnen Gremien beginnen ab der Seite 2.2 ff.
Letzte Aktualisierung: 26. September 2023

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Kenntnis genommen:	Handzeichen:
Ausschuss für Soziales und Chancengleichheit	21.09.2023	Ö	() ja () nein () ohne	

Zusammenfassung der Information:

Der Ausschuss für Soziales und Chancengleichheit nimmt die nachfolgenden Informationen über den 2023 veröffentlichten Leitfaden „Rainbow Cities in Action – Policy Guidelines for Municipalities“ des Rainbow Cities Netzwerks zur Kenntnis.

Finanzielle Auswirkungen:

Bezeichnung:	Betrag in Euro:
Ausgaben / Gesamtkosten:	
• keine	
Einnahmen:	
• keine	
Finanzierung:	
Folgekosten:	
• keine. Eventuelle finanzielle Auswirkungen der Umsetzung der Mitgliedschaft im Rainbow Cities Network hängen von der Entwicklung von Maßnahmen ab, die gegebenenfalls vom Gemeinderat gesondert diskutiert und beschlossen werden müssen.	

Zusammenfassung der Begründung:

Seit September 2020 ist die Stadt Heidelberg Mitglied im Rainbow Cities Network (RCN) und hat sich damit verpflichtet, aktiv für die Stärkung der Akzeptanz und Sichtbarkeit von sexueller und geschlechtlicher Vielfalt in Heidelberg einzutreten. Das Rainbow Cities Network hat 2023 einen neuen Leitfaden „Rainbow Cities in Action – Policy Guidelines for Municipalities“ veröffentlicht, der auch der Stadt Heidelberg als Orientierungslinie in ihrer Arbeit dienen soll.

Sitzung des Ausschusses für Soziales und Chancengleichheit vom 21.09.2023

Ergebnis: Kenntnis genommen

Begründung:

1. Rainbow City Heidelberg

Die Stadt Heidelberg ist seit September 2020 in Anerkennung ihres Engagements für sexuelle und geschlechtliche Vielfalt Mitglied im Netzwerk der Regenbogenstädte, dem „Rainbow Cities Network“ (RCN). Das Rainbow Cities Network ist ein internationales Netzwerk von Kommunen, die LSBTIQ+ Arbeit betreiben und sich aktiv gegen Diskriminierung und für die Gleichberechtigung von lesbischen, schwulen, bisexuellen, trans*, inter* und anderen queeren Menschen (LSBTIQ+) in ihren Städten einsetzen.

Ziel der 2013 gegründeten Organisation ist es, Städte zusammenzubringen, die sich aufgrund der Umsetzung kommunaler LSBTIQ+ Strategien hervortun, und die lokale LSBTIQ+ Arbeit durch den Austausch von Erfahrungen, Fachwissen und bewährten Verfahren zu stärken. Der internationale Zusammenschluss besteht aktuell aus 50 Städten, die sich dem aktiven Einsatz für queere Menschen verpflichten. Die Mitgliedschaft der Stadt Heidelberg wird von der städtischen Koordinationsstelle LSBTIQ+ im Amt für Chancengleichheit betreut.

2. RCN Leitfaden „Rainbow Cities in Action“

Das Rainbow Cities Network hat nun im Mai dieses Jahres unter dem Titel „Rainbow Cities in Action – Policy Guidelines for Municipalities“ (übersetzt etwa: Regenbogenstädte in Aktion – Strategische Leitlinien für Kommunen) den international ersten Leitfaden für Gemeinden veröffentlicht, der Empfehlungen für LSBTIQ+ Arbeit auf kommunaler Ebene darstellt.

2.1. Entstehung und Ziel

Über seine Mitglieder bündelt das Rainbow Cities Network das Fachwissen zahlreicher führender Kommunen bei der Entwicklung und Umsetzung lokaler LSBTIQ+ Strategien. Im Laufe der Jahre hat das Netzwerk eine Fülle von Erfahrungen, Erkenntnissen und Beispielen bewährter Verfahren angesammelt. Der Wunsch, dieses Wissen zu teilen, führte zur Konzeption des Projekts „Rainbow Cities in Action“.

Ziel des Projekts war es, das vorhandene Wissen der Regenbogenstädte systematisch zusammenzutragen und in eine Reihe von für Kommunen und politische Entscheidungsträger*innen zugänglichen Leitlinien zu verwandeln. Im Laufe von zwei Jahren konnten die Partnerstädte ein umfassendes Handbuch entwickeln. In der Veröffentlichung finden sich eine Reihe von Empfehlungen, Maßnahmen und erfolgreiche Verfahrensbeispiele für lokale Behörden, um das Leben von queeren Menschen in ihren Gemeinden zu verbessern und chancengleich zu gestalten. Im Rahmen des Programms „Europe for Citizens“ der Europäischen Kommission erhielt das Rainbow Cities Netzwerk im Jahr 2021 mehr als 140.000 Euro für die Ausarbeitung der ersten LSBTIQ+ Richtlinien für Kommunalverwaltungen. Auch das Amt für Chancengleichheit der Stadt Heidelberg war daran beteiligt.

Der Leitfaden „Rainbow Cities in Action“ baut auf der LSBTIQ+ Gleichstellungsstrategie 2020–2025 der Europäischen Kommission auf. Er enthält mehr als 50 Empfehlungen aus 21 europäischen Städten, die solche Strategien bereits erfolgreich umsetzen. Die beteiligten Städte sind Aarhus, Barcelona, Bergen, Berlin, Region Brüssel-Hauptstadt, Brügge, Cork, Esch-sur-Alzette, Genf, Hamburg, Hannover, Köln, Kotor, Leuven, Ljubljana, Mannheim, Nürnberg, Paris, Rotterdam, Wien und Heidelberg.

Die Leitlinien dienen dazu, den Städten zu vermitteln, wie lokale LSBTIQ+ Strategien aussehen können. Sie empfehlen Handlungsfelder, auf die man sich konzentrieren kann, sowie Themen, die man ansprechen und Maßnahmen, die man umsetzen kann. Sie stellen auch eine Auswahl von Beispielen guter Praxis vor, die als Vorlagen für die Entwicklung von maßgeschneiderten Maßnahmen dienen können.

2.2. Aufbau und Inhalt des Leitfadens

Die Guidelines umfassen vier übergeordnete Strategie-Linien und dreizehn Themen-Bereiche, in denen Kommunen für ihre Bürger*innen tätig sind. Der Leitfaden empfiehlt Kommunen, die einen positiven Wandel für LSBTIQ+ Personen in ihrer Gemeinschaft bewirken wollen, ihre Verfahren und angebotenen Dienstleistungen kritisch zu analysieren und anzupassen. Der Erfolg dieses Unterfangens hängt von der effektiven Umsetzung einer Reihe von Schlüsselzielen ab, die in 4 Kategorien zusammengefasst werden: A. Verantwortungsbewusstsein und -übernahme, B. Sensibilisierung und Bildung, C. Teilhabe und Partizipation und D. Sichtbarkeit und Repräsentation.

Die Leitlinien bieten einen Einblick in die zentralen Themen, mit denen sich lokale LSBTIQ+ Strategien befassen. Sie sind weiterhin in dreizehn Themenbereiche gegliedert:

1. **Kommunales LSBTIQ+ Engagement:** Kommunales Handeln beginnt damit, Verantwortung für alle Bürger*innen – auch für LSBTIQ+ – zu übernehmen und den Kampf gegen Diskriminierung und für die Gleichberechtigung von queeren Menschen als kommunale Aufgabe anzuerkennen.

2. **Gesundheit:** Die Diskriminierung, der LSBTIQ+ ausgesetzt sind, kann erhebliche Auswirkungen auf ihre körperliche und geistige Gesundheit haben. Gleichzeitig halten Barrieren, die auf Diskriminierung beruhen, Patient*innen davon ab, die benötigte Gesundheitsversorgung zu erhalten. Der Leitfaden empfiehlt Verfahren, die diese Hürden abbauen.
3. **Familien:** Hier geht es um die rechtliche Anerkennung von gleichgeschlechtlichen Ehen und Lebenspartnerschaften und die damit verbundenen Rechte - wie Aufenthaltsrecht, Sorgerecht und Adoption, Steuerrecht, Erbrecht, Vertragsrecht, Rechtsvertretung und Versicherung -, ebenso wie die gesellschaftliche Akzeptanz von LSBTIQ+ Paaren. Entsprechende Maßnahmen, um diese Anerkennung auszudrücken und umzusetzen, werden empfohlen.
4. **Jugend:** Junge LSBTIQ+ Menschen sind mit vielen Herausforderungen im Zusammenhang mit ihrer Identität konfrontiert, während sie sich durch die allgemein bereits anspruchsvollen Phasen der Kindheit und Jugend navigieren müssen. Heteronormative Erwartungen, ein Mangel an Vorbildern, Vorurteile und Ablehnung durch Gleichaltrige oder Familien sowie ein feindliches Umfeld an Schulen herrschen oft immer noch vor. Diesen Bedingungen kann kommunal entgegengewirkt werden.
5. **Ältere Menschen:** Da unsere Gesellschaft immer älter wird, sind immer mehr Menschen auf kommunale Dienstleistungen für ältere Menschen angewiesen. Das gilt auch für die LSBTIQ+ Bevölkerung. Sie stehen jedoch vor besonderen Schwierigkeiten beim Zugang zu Angeboten, welche nicht auf ihre Situation und Bedürfnisse zugeschnitten sind. Entsprechende Beispiele für positiv wirkende Angebote finden sich im Leitfaden.
6. **Behinderung und Inklusion:** Menschen mit Behinderungen und chronischen Krankheiten gehören zu den am meisten ausgegrenzten Teilen der Gesellschaft. Ihre Belange werden im Rahmen des Diversity Managements oft noch immer nur nachrangig behandelt. In den Augen anderer wird die Behinderung oft zum einzigen Identitätsmerkmal behinderter Menschen und es wird regelmäßig angenommen, dass sie keine sexuelle oder gar geschlechtliche Identität haben. Dies ist nicht nur weit von der Wahrheit entfernt, sondern auch nachteilig für die betroffenen Menschen und ihre Fähigkeit, ein erfülltes Leben zu führen. Empfohlen wird die Umsetzung inklusiver Strategien, Methoden und Maßnahmen.
7. **Kulturelle Vielfalt und Migration:** Die kulturelle Vielfalt der städtischen Gesellschaft ist eine Bereicherung für ihre Gemeinschaft. Unterschiedliche Vorstellungen können jedoch auch zu Konflikten führen. LSBTIQ+ Personen, die von Rassismus betroffen sind und/oder Migrationsgeschichte haben, sehen sich häufig mit intersektionaler Diskriminierung konfrontiert. Dieser Sachverhalt verlangt eine entsprechende Anpassung und Weiterentwicklung kommunaler Angebote.

8. **Soziale Erschwernisse und Benachteiligungen:** Kommunen sind für das Gemeinwohl ihrer Bevölkerung zuständig und bieten hierfür eine Vielzahl von Unterstützungsstrukturen für Bürger*innen an, die mit sozialen Schwierigkeiten oder Benachteiligungen konfrontiert sind. LSBTIQ+ sind verstärkt von solchen sozialen Härten betroffen. Kommunale Angebote müssen entsprechend dieser Lage reagieren.
9. **Arbeitsmarkt:** LSBTIQ+ Personen erfahren sowohl auf dem Arbeitsmarkt als auch am Arbeitsplatz überproportional Diskriminierung. Ein erheblicher Teil der LSBTIQ+ Beschäftigten verbirgt noch immer die eigene Identität am Arbeitsplatz - und damit wichtige Teile des Lebens, die normalerweise in einem Arbeitsumfeld geteilt werden - aus Angst vor Diskriminierung oder Ablehnung. Durch gezielte Maßnahmen kann eine Kommune hierauf Einfluss nehmen und ein LSBTIQ+ inklusives Arbeitsumfeld schaffen.
10. **Sicherheit:** LSBTIQ+ sind einem hohen Risiko von Belästigung und Gewalt ausgesetzt. In ihrer jüngsten LSBTIQ+ Umfrage stellte die Agentur für Grundrechte der Europäischen Union fest, dass die Mehrheit der Befragten (58 %) angab, am Arbeitsplatz, auf der Straße, in öffentlichen Verkehrsmitteln, in Geschäften, im Internet und so weiter belästigt, beleidigt oder bedroht worden zu sein. Die Verantwortung von Kommunen im Bereich Sicherheit und Ordnung für alle Bürger*innen und die Schaffung einer Nulltoleranz-Kultur gegenüber Hassverbrechen werden betont.
11. **Infrastruktur und öffentlicher Raum:** Die Bereitstellung der notwendigen Einrichtungen und Systeme, die der Stadt dienen und das Funktionieren der städtischen Gesellschaft ermöglichen, ist eine der zentralen Aufgaben der Kommunalverwaltung. Dazu gehört nicht nur die Infrastruktur in den Bereichen Verkehr, Kommunikation, Energie, Wasser und Abfallwirtschaft, sondern auch die Bereitstellung von Einrichtungen, wie öffentliche Räume und Gebäude, die die Lebensbedingungen der Gesellschaft ermöglichen, erhalten oder verbessern. Der Leitfaden empfiehlt Maßnahmen, um diese Strukturen zugänglicher für LSBTIQ+ zu gestalten.
12. **Sport und Freizeit:** Auch die Infrastruktur, die Mittel und den Zugang zu Sportanlagen und Freizeitaktivitäten bereitzustellen, zählt zu den Aufgaben der Kommunen, um die Lebensqualität ihrer Bevölkerung zu verbessern und lebenswerte Gemeinden zu schaffen. Diese Unterstützungen erhöhen nicht nur die Lebensqualität der Städte, sondern fördern auch die Bildung und lebenslanges Lernen, schaffen ein Gemeinschaftsgefühl und wirken sich positiv auf das Wohlbefinden und die Gesundheit der Bevölkerung aus. Leider sind LSBTIQ+ Menschen noch häufig von Freizeitaktivitäten aufgrund ihrer Strukturen ausgeschlossen. Es werden entsprechende Strategien empfohlen, um diese Strukturen zu verändern.
13. **Kultur und Geschichte:** Durch die künstlerische Fähigkeit, persönliche Erfahrungen auszudrücken und umfassendere soziale Konflikte zu thematisieren, haben LSBTIQ+ Künstler*innen mit ihren vielfältigen Inspirationen im Laufe der Geschichte viele einflussreiche Kunstformen entwickelt und sind Katalysatoren für Veränderungen. Queere Kunst ist ein wirkungsvolles Mittel, um LSBTIQ+ Erfahrungen zu teilen und LSBTIQ+ Leben zu feiern. Gleichzeitig ist es auch eine Tatsache, dass LSBTIQ+ Menschen im Laufe der Geschichte Unrecht und Verfolgung erfahren haben. Die kommunale Förderung von kulturellen Angeboten und geschichtlicher Aufarbeitung schafft Empowerment, Aufklärung und Solidarität.

Heidelberg selbst ist im Leitfaden mit herausragenden Beispielen vertreten in den Bereichen „Infrastruktur und öffentlicher Raum“ (ein Konzept zur inklusiveren Umsetzung städtischer Baumaßnahmen durch WCs für alle Geschlechter) und „Kultur und Geschichte“ (Queer Festival Heidelberg).

Der Leitfaden ist aktuell nur in Englischer Sprache veröffentlicht und liegt für tiefer Interessierte der Vorlage als Anlage 01 bei. Die zentralen Eckpunkte wurden in dieser Vorlage zusammengefasst. Der Leitfaden wird am 10. Oktober 2023 auch am Runden Tisch sexuelle und geschlechtliche Vielfalt der Stadt Heidelberg vorgestellt und dient der Stadt Heidelberg in den nächsten Jahren als Orientierung für die Arbeit der Koordinationsstelle LSBTIQ+. Die gesamte Veröffentlichung „Rainbow Cities in Action – Policy Guidelines for Municipalities“ ist ebenfalls auf der Internetseite des Rainbow Cities Netzwerks unter www.rainbowcities.com/resources zu finden.

Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes /der Lokalen Agenda Heidelberg

1. Betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes

Nummer/n: (Codierung)	+ / - berührt	Ziel/e:
QU 5	+	Ziel/e: Vielfalt der Lebensformen ermöglichen, Wahlfreiheit der Lebensgestaltung unterstützen Begründung: Die Mitgliedschaft im Rainbow Cities Network trägt entscheidend dazu bei, dass ein Verständnis für Menschenrechte, die Spielregeln demokratischen Miteinanders und der Respekt für individuelle Freiheitsrechte gefördert werden.
SOZ2	+	Ziel/e: Diskriminierung und Gewalt vorbeugen Begründung: Die Umsetzung von Maßnahmen in den identifizierten Handlungsfeldern tragen dazu bei, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Diskriminierung anzugehen.

2. Kritische Abwägung/ Erläuterungen zu Zielkonflikten:

Keine.

gezeichnet
Stefanie Jansen

Anlagen zur Drucksache:

Nummer:	Bezeichnung
01	Rainbow Cities in Action: Policy Guidelines for Municipalities (Nur digital verfügbar)